

Wahlprüfsteine des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

1. Kommunen stärkere Gestaltungsspielräume eröffnen

Frage: Werden Sie die kommunale Eigenverantwortung stärken?

Antwort: X Ja

Wir als FDP sind überzeugt: Starke Kommunen sind die Grundlage eines funktionierenden Staates und einer lebendigen Demokratie. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo ihre Auswirkungen unmittelbar spürbar sind – vor Ort.

Deshalb setzen wir uns konsequent dafür ein, die kommunale Eigenverantwortung zu stärken und die Rolle der Kommunen als politische Gestalter auszubauen. Kommunen dürfen nicht länger primär als Ausführungsorgane staatlicher Vorgaben verstanden werden, sondern müssen als eigenständige Entscheidungsträger mit klaren Kompetenzen agieren können.

Konkret bedeutet das für uns: weniger staatliche Detailsteuerung, mehr Vertrauen in kommunale Selbstverwaltung und eine konsequente Stärkung der sogenannten „freien Spitze“. Nur wenn Kommunen echte Handlungsspielräume haben, können sie individuelle Lösungen für ihre spezifischen Herausforderungen entwickeln – sei es im Bereich Stadtentwicklung, soziale Infrastruktur oder wirtschaftliche Entwicklung.

Frage: Welche Schritte werden unternommen, um eine frühzeitige und transparente Beteiligung der Kommunen sicherzustellen?

Antwort:

Wir als FDP stehen für eine Politik, die praxisnah und umsetzbar ist. Deshalb ist für uns klar: Kommunen müssen frühzeitig, verbindlich und transparent in Gesetzgebungsprozesse einbezogen werden.

Gesetze, die die kommunale Ebene betreffen, können nur dann funktionieren, wenn sie gemeinsam mit denjenigen entwickelt werden, die sie später umsetzen müssen. Wir wollen daher die Beteiligungsverfahren systematisieren und verbindlicher gestalten. Dazu gehört eine frühzeitige Einbindung kommunaler Spitzenverbände ebenso wie transparente Anhörungsverfahren und ausreichend bemessene Fristen.

Unser Ziel ist es, Fehlsteuerungen und praxisferne Regelungen von vornherein zu vermeiden. Beteiligung ist für uns kein formaler Schritt, sondern ein zentraler Bestandteil guter Gesetzgebung.

Frage: Wie können pauschale Zuweisungen gestärkt werden?

Antwort:

Wir als FDP setzen uns klar für eine Stärkung pauschaler Finanzaufweisungen ein. Kommunen wissen am besten, wo Mittel vor Ort benötigt werden – nicht Ministerien.

Zweckgebundene Förderprogramme mit kleinteiligen Vorgaben führen häufig zu zusätzlicher Bürokratie, binden Personalressourcen und erschweren flexible Lösungen. Deshalb wollen wir die Förderstruktur grundlegend vereinfachen und den Anteil pauschaler Mittel deutlich erhöhen.

Das stärkt nicht nur die Handlungsfähigkeit der Kommunen, sondern auch die demokratische Verantwortung vor Ort. Vertrauen in kommunale Entscheidungskompetenz ist für uns ein zentrales Leitprinzip.

Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie für Experimentierklauseln?

Antwort:

Wir als FDP wollen Kommunen zu Innovationsräumen machen. Experimentierklauseln sind dabei ein wichtiges Instrument, um neue Wege zu erproben und starre Regelungen zu überwinden.

Wir setzen uns dafür ein, diese Möglichkeiten deutlich auszuweiten und rechtlich klar zu verankern. Kommunen sollen die Chance erhalten, modellhaft neue Ansätze zu testen – beispielsweise in der Digitalisierung, im Verwaltungsmanagement oder bei neuen Formen der Bürgerbeteiligung.

Ein moderner Staat muss lernfähig sein. Innovation entsteht nicht durch starre Vorschriften, sondern durch Freiräume und Vertrauen.

2. Finanzierung auskömmlich gestalten & Konnexität wahren

Frage: Wie sichern Sie eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen?

Antwort:

Wir als FDP stehen für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik, die Kommunen dauerhaft handlungsfähig macht. Eine strukturell unterfinanzierte Kommune kann ihre Aufgaben nicht erfüllen und verliert ihre politische Gestaltungskraft.

Deshalb gilt für uns klar: Wer Aufgaben überträgt, muss sie auch vollständig finanzieren. Das Konnexitätsprinzip ist für uns nicht verhandelbar.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzausstattung ein. Ziel ist es, Kommunen aus der dauerhaften Abhängigkeit von Kassenkrediten zu befreien und ihnen wieder echte Investitionsspielräume zu eröffnen.

Frage: Wie stehen Sie zur Steuerbeteiligung der Kommunen?

Antwort:

Wir als FDP sehen eine stärkere Beteiligung der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern als wichtigen Baustein für eine stabile Einnahmebasis. Kommunen benötigen verlässliche, planbare Einnahmen, um langfristige Investitionen tätigen zu können. Kurzfristige Förderprogramme können strukturelle Defizite nicht ersetzen. Unser Ziel ist eine Finanzstruktur, die Eigenverantwortung stärkt und Planungssicherheit schafft.

Frage: Ist ein kommunales Entschuldungsprogramm geplant?

Antwort:

Entscheidend ist, die Ursachen kommunaler Verschuldung zu beseitigen – insbesondere durch eine bessere Finanzausstattung, klare Aufgabenverteilung und konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Nur so lässt sich langfristig finanzielle Stabilität sichern und die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen.

3. Bürokratie abbauen

Frage: Welche konkreten Schritte planen Sie zum Bürokratieabbau?

Antwort:

Wir als FDP machen Bürokratieabbau zur zentralen Reformaufgabe. Verwaltung muss ermöglichen statt behindern. Deshalb wollen wir Berichtspflichten konsequent reduzieren, Genehmigungsverfahren beschleunigen und Regulierungen auf das notwendige Maß zurückführen.

Ein zentrales Instrument ist für uns die Einführung verbindlicher Entscheidungsfristen sowie die vollständige Digitalisierung von Verwaltungsprozessen.

Frage: Wie gestalten Sie Berichtspflichten und Kontrollmechanismen?

Antwort:

Wir als FDP setzen auf einen grundlegenden Kulturwandel im Staat: Vertrauen statt Generalverdacht. Kontrollen sollen risikobasiert und zielgerichtet erfolgen, nicht flächendeckend und pauschal. Statt übermäßiger Berichtspflichten setzen wir auf Stichprobenkontrollen und klare Sanktionen bei tatsächlichen Verstößen. Das entlastet Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen und stärkt gleichzeitig die Wirksamkeit staatlicher Kontrolle.

4. Aufsicht mit Vertrauen – Unterstützung statt Kontrolle

Frage: Wie gestalten Sie die Aufsicht auf Augenhöhe?

Antwort:

Wir als FDP wollen eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen etablieren. Aufsicht darf nicht als Kontrollinstrument verstanden werden, sondern muss unterstützend wirken. Unser Ziel ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe, bei der Kommunen als gleichwertige Akteure behandelt werden.

Frage: Wie erweitern Sie Entscheidungsspielräume?

Antwort:

Wir als FDP setzen auf realistische Fehlertoleranz und klare Verantwortlichkeiten. Verwaltung braucht Handlungsspielräume, um flexibel auf Herausforderungen reagieren zu können. Wer jede Entscheidung bis ins Detail absichert, verhindert Innovation und verlangsamt Prozesse.

5. Digitalisierung gemeinsam & praxisnah gestalten

Frage: Wie fördern Sie die Digitalisierung der Kommunen?

Antwort:

Wir als FDP sehen in der Digitalisierung einen zentralen Schlüssel für einen handlungsfähigen, modernen und bürgernahen Staat.

Unser Ziel ist ein vollständig digitales Rathaus: Bürgerinnen und Bürger sollen Verwaltungsleistungen jederzeit und von überall aus nutzen können – vom Antrag bis zum Bescheid, ohne Medienbrüche und ohne Papier. Dieses Ziel treiben wir als FDP bereits aktiv in Regierungsverantwortung voran.

Dabei setzen wir auf drei klare Leitlinien:

1. Einheitliche digitale Infrastruktur statt Flickenteppich

Wir bauen zentrale Strukturen weiter aus, die Kommunen konkret unterstützen – etwa durch landesweite IT-Kooperationen und gemeinsame Plattformen. Sachsen-Anhalt hat hier bereits Fortschritte gemacht und sich bei digitalen Verwaltungsleistungen deutlich verbessert.

2. Digitalisierung als Gemeinschaftsaufgabe von Land und Kommunen

Digitalisierung darf nicht auf die kommunale Ebene abgewälzt werden. Wir als FDP setzen uns dafür ein, dass das Land Standards vorgibt, Lösungen entwickelt und die Kommunen aktiv unterstützt – organisatorisch, finanziell und technisch.

3. Praxisnahe Umsetzung statt Theorieprojekte

Digitale Lösungen müssen im Alltag funktionieren. Deshalb setzen wir auf nutzerfreundliche Anwendungen, klare Prozesse und eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen von Bürgern, Unternehmen und Verwaltungen.

Für uns ist klar: Digitalisierung ist keine Zusatzaufgabe, sondern Voraussetzung für staatliche Leistungsfähigkeit und Bürgernähe.

Frage: Wie vermeiden Sie Insellösungen?

Antwort:

Wir als FDP wissen: Eine der größten Herausforderungen der Digitalisierung ist der bestehende Flickenteppich aus Einzellösungen. Unser Ansatz ist klar: Standardisierung, Vernetzung und zentrale Steuerung dort, wo sie sinnvoll ist.

Digitale Systeme müssen miteinander kompatibel sein. Deshalb setzen wir auf verbindliche technische Standards und interoperable Systeme, damit Daten sicher und effizient zwischen Behörden ausgetauscht werden können.

Wir müssen gemeinsame Plattformen schaffen, statt parallele Entwicklungen zu begünstigen. Wir wollen, dass Lösungen einmal entwickelt und dann flächendeckend genutzt werden können. Doppelentwicklungen und Insellösungen kosten Zeit, Geld und Personal – das werden wir konsequent reduzieren. Gerade weil wir als FDP-Fraktion in Sachsen-Anhalt das Ministerium für Infrastruktur und Digitales führen, sehen wir hier eine besondere Verantwortung: Wir treiben die Digitalisierung strategisch voran, bündeln Kompetenzen und sorgen dafür, dass Kommunen nicht allein gelassen werden.

Besonders kleinere Kommunen dürfen nicht abgehängt werden. Deshalb setzen wir auf standardisierte, leicht implementierbare Lösungen, die landesweit funktionieren.